



ASOCIAȚIA FOȘTILOR DEȚINUȚI POLITICI
ȘI VICTIME ALE DICTATURII
DIN ROMÂNIA

A.F.D.P.R.

ASSOCIATION DES ANCIENS DETENUS POLITIQUES DE ROUMANIE
FORMER ROMANIAN POLITICAL PRISONERS ASSOCIATION

Str. Mântuleasa nr. 10, 030554, București, sector 3, ROMÂNIA,
tel./ fax. 021-317.23.17

Nr. 15/14.01.2026

Tätigkeitsbericht der AFDPRomania für den Zeitraum
2020–2025

Die Entwicklung des Vereins im Zeitraum 2020–2025 war von Ereignissen mit gravierenden Folgen geprägt, sowohl für die gesellschaftliche Stellung des Vereins als auch für seine Führung.

Das von der AFDPR erlassene Grundgesetz 118/1990 wurde 2020 ohne unsere Beteiligung. Einige Bestimmungen erwiesen sich im Laufe der Zeit als völlig konträr zur ursprünglichen Absicht, die Bevölkerung und die Nachkommen der unter der kommunistischen Diktatur Verfolgten zu unterstützen.

Der amtierende Präsident, Herr Bjoja Octav, der als Vertreter politischer Gefangener in der Regierung tätig war, wandte sich gegen einige der Auswüchse der neuen Änderungen. Infolgedessen wurde er im März 2021 aus dem öffentlichen Amt entlassen. Kurz nach seiner Entlassung erlitt er einen Schlaganfall mit schwerwiegenden Folgen, sodass der Verein eine Zeit voller Herausforderungen durchlebte.

Die 2021 gewählte neue Interimsführung sah sich einer Reihe von Interventionen seitens Regierungsvertretern ausgesetzt. So wurden Verbandsdokumente gestohlen und/oder vernichtet, und es gab Versuche, den Verband den Regierungsinteressen unterzuordnen. Zudem wurde versucht, die Beteiligung und Zusammenarbeit innerhalb von INTERASSO direkt über Regierungsbeamte zu übernehmen.

In der Öffentlichkeit wurden der Verein, sein Vorstand und seine Aktivitäten von den Behörden an den Rand gedrängt und ignoriert.

Zahlreiche Entschädigungsansprüche seiner Mitglieder wurden durch aufeinanderfolgende Gesetze, die rumänischem und EU-Recht widersprechen, eingeschränkt, ausgesetzt oder aufgehoben.

Als direkte Folge dieser ungerechten Gesetze sind die rumänischen Gerichte mit Zehntausenden anhängigen Klagen überlastet.

Zudem erschweren neue Gesetze, die in diesem Zeitraum erlassen wurden, dem Verein die Verabschiedung einer neuen Satzung und die Wahl neuer Vorstandsmitglieder. Nach über zweieinhalb Jahren hat der Verein nun eine neue Führung: Frau Moica Niculina ist Präsidentin.

Zudem wurde eine neue Satzung verabschiedet, die allen neuen gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Vor allem aber verfügt der Verein über eine starke Struktur mit fast 20.000 aktiven Mitgliedern, die in landesweiten Ortsgruppen organisiert sind.

Derzeit sieht sich der Verein weiterhin mit Behinderung, Ignoranz und Ausgrenzung seitens der Behörden konfrontiert. Vor dem Hintergrund der politischen Instabilität und der sozialen Frustrationen in Rumänien sind neue, beunruhigende Entwicklungen zutage getreten: die Nostalgie für den Kommunismus (unter Nicolae Ceaușescu) und die Verharmlosung des Leids politischer Gefangener in Rumänien.

Und all dies geschieht vor dem Hintergrund einer schuldbewussten Duldung durch die Machthaber, die die Ernsthaftigkeit eines sich entwickelnden Neokommunismus nur oberflächlich behandeln und ebenso willkürlich gegen einige Exzesse der sich langsam, aber sicher ausbreitenden rechtsextremen Bewegung vorgehen.

Der Verein, der mit seinen Mitgliedern weiterhin für die Verwirklichung seiner Ziele und Zwecke kämpft, wird sich der Regierung nicht unterordnen, selbst wenn diese Absicht derzeit besteht, und wird nicht aufhören, für die Anerkennung des Leids der von der kommunistischen Diktatur Verfolgten zu kämpfen.

Ein wichtiges Ziel des Vereins seit seiner Gründung, nämlich die Errichtung eines Museums zur Erforschung der Auswirkungen des Kommunismus in Rumänien, ist nach wie vor relevant.

Die Tatsache, dass die Behörden dieses Projekt durch ständige Vertagungen weiterhin verweigern, zeugt von mangelndem Respekt vor dem Leid, das die rumänischen Bürger während der kommunistischen Diktatur ertragen mussten.

Was die Teilnahme an den Aktivitäten von Interasso betrifft, so möchte der Verein wieder als Partner aktiv werden und alle damit verbundenen Verpflichtungen als Vollmitglied erfüllen.

Präsidentin

Moica Niculina

